

# „Ein Rädchen muss ins andere greifen“

Das Krankenhaus war auch beim CSU-Empfang in Hersbruck ein großes Thema – Hauptrednerin fiel aus – Blick in Stadtratsarbeit

HERSBRUCK (mz) – Der CSU-Empfang ist in Hersbruck gesellschaftlich etwas mehr als eine reine Parteiveranstaltung, weil es nichts Vergleichbares zum Jahresbeginn in der Stadt gibt. Die Reden freilich sind christsozial gefärbt, erst recht in einem Landtags- und Bezirkstagswahljahr. Zwar sagte die angekündigte Hauptrednerin Barbara Stamm kurzfristig ab, so war diesmal aber mehr Zeit für das große Thema Krankenhaus sowie für Einblicke in die Stadtratsarbeit und in die bayerische Politik.

„Es geht um unser Hersbruck“, sagte Landtagsabgeordneter Norbert Dünkel am Rednerpult in der Psorisol-Klinik. Der Stadtrat und CSU-Kreisvorsitzende hob hervor, dass „ein Zusammenschluss der Kräfte“ intensiv daran arbeite, der Negativ-Entwicklung bei der medizinischen Versorgung gegenzusteuern. Dünkel lobte dabei das „besondere Engagement“ von Robert Ilg, der sich täglich um Kontakte bemühe und Gespräche führe. Der Bürgermeister saß unter den Gästen und wird es gerne gehört haben.

Die Stadtspitze und alle Akteure arbeiteten hier eng zusammen, lautete die Botschaft Dünkels und später auch von zweitem Bürgermeister Peter Uschalt. Der sagte noch einmal deutlich, der gesamte Stadtrat habe sich entschieden, die Verhandlungen komplett in die

Hände des Bürgermeisters zu legen, „weil das nur gebündelt funktionieren kann“. Uschalt vergaß dabei nicht, die „unglaubliche Leistung“ des einfachen Bürgers Horst



Peter Uschalt.



Norbert Dünkel sprach auch über das Krankenhaus. Rechts: Hersbrucks CSU-Chef Götz Reichel. Fotos: M. Scholz

Vogel hervorzuheben, der in nur sechs Wochen über 10000 Protestunterschriften sammelte und der mit weiteren Initiatoren auch die Demo vom Sonntag aufzog. Das sei „unterstützenswert“.

Dünkel plauderte vom Austausch mit dem Krankenhausbelegarzt und CSU-Kreisrat Dr. Otto Wolze. Sie hätten über eine effektive, günstigere Variante des Krankenhauses nachgedacht, zum Beispiel eine onkologische oder eine psychiatrische und psychotherapeutische Nachbetreuung oder Abteilungen für physikalische und rehabilitative Medizin oder auch für Geriatrie. Konkret müsse nun der Verwaltungsratsvorsitzende des Klinikums, Ulrich Maly (SPD), „in die Pflicht“ genommen werden und es gebe Gespräche mit Ilg und dem künftigen Ministerpräsidenten Markus Söder sowie Gesundheitsministerin Melanie Huml (*wir berichteten*). Das Geld wäre da, sagt Dünkel mit Blick auf die Investitionen in Lauf, es werde nur nicht im Sinne Hersbrucks verteilt.

Peter Uschalt äußerte sich zuversichtlich: „Ich bin überzeugt, dass wir in zehn Jahren eine bessere Situation als heute haben.“ Vorher hatte er betont, die Aufgabe der Stadträte und Verantwortlichen sei es, stets das Ganze zu betrachten. Als Beispiel nannte er den Protest einiger Bürger gegen die Kürzungen beim Hirtenmuseum (*wir berichteten*). Hersbruck sei finanziell „nicht auf Rosen gebettet“, es funktioniere aber „in hohem Maße trotzdem“. Das sei so, weil sich die Ratsfraktionen zurück hielten, nichts auf die öffentliche Tagesordnung komme, was als nicht umsetzbar erscheine. Er verglich die Arbeit im Stadtrat mit einem „Uhrwerk, in dem viele Zahnrädchen ineinander greifen müssen“. Dies werde manchmal nicht verstanden, deshalb wünsche er sich mehr Publikum bei öffentlichen Sitzungen.

Hauptrednerin Barbara Stamm hatte abgesagt, weil ihre Arbeitsgruppe Soziales und Rente in Berlin für die Groko verhandelte. Da-

für bekamen die CSU-Kandidaten Dünkel (Landtag) und Bernd Eckstein (Bezirk) mehr Redezeit. Dünkel lobte den christsozial regierten Freistaat, der sich auf einem guten Weg befinde, unter anderem wirtschaftlich, sicherheitspolitisch und im Bildungsbereich. Die wichtigen Problemfelder wolle der Ministerpräsident in spe Söder mit seinem Zehn-Punkte-Programm bearbeiten.

Auch Eckstein betonte, dass es Deutschland und Bayern global gesehen gut gehe. Ihn stört die Weltsicht von Naturschützern, Stichwort: Glyphosat, Flächenfraß. Der Flächenverbrauch sei ein Thema vor Ort für Kreisräte, nicht für die Landespolitik. Wirtschaft dürfe nicht von oben herab blockiert werden. Er korrigierte eine Aussage der Grünen-Bezirkstagskandidatin Christa Heckel: Der Bezirk gebe nicht 100 Millionen Euro für Baumaßnahmen aus, sondern 17,2 Millionen, und 780 von 900 Millionen Euro betrage alleine der Sozialhaushalt.